



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Seite 1

Drucksachennummer:

0160/2024

Datum:

07.02.2024

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der CDU-Fraktion
hier: Einrichtung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge in Hagen

Beratungsfolge:

15.02.2024 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Bedingungen wann erfüllt sein müssen, damit die Stadt Hagen an dem vom Land mit koordinierten Vergabeverfahren für eine Bezahlkarte für Flüchtlinge teilnehmen kann.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Kosten durch die Bezahlkarte mutmaßlich entstehen und welche Einsparungen sie durch den geringeren Verwaltungsaufwand erwartet.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die entsprechenden Daten zu liefern, damit die Vertreterinnen und Vertreter im Rat der Stadt Hagen einen rechtzeitigen politischen Beschluss zur Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge herbeiführen können.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

Siehe Anlage



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Seite 2

Drucksachennummer:

0160/2024

Datum:

07.02.2024

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

☒ keine Auswirkungen (o)

Antrag gem. § 6 (1) GO Rat

für RAT am 15.02.2024

Einrichtung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge in Hagen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

gemäß § 6 (1) der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des 8. Nachtrages vom 20.05.2021 beantragen wir zur Sitzung des Rates am 15.02.2024 den o.g. Tagesordnungspunkt und stellen dazu folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Bedingungen wann erfüllt sein müssen, damit die Stadt Hagen an dem vom Land mit koordinierten Vergabeverfahren für eine Bezahlkarte für Flüchtlinge teilnehmen kann.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Kosten durch die Bezahlkarte mutmaßlich entstehen und welche Einsparungen sie durch den geringeren Verwaltungsaufwand erwartet.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die entsprechenden Daten zu liefern, damit die Vertreterinnen und Vertreter im Rat der Stadt Hagen einen rechtzeitigen politischen Beschluss zur Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge herbeiführen können.

Begründung:

Die CDU-Ratsfraktion begrüßt prinzipiell die Möglichkeit zur Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete in den NRW-Kommunen. Allerdings hätten sich die Antragsteller eine landeseinheitliche Lösung gewünscht.

Prinzipiell stimmt es zuversichtlich, wenn sich 14 von 16 Bundesländern – darunter auch das Land Nordrhein-Westfalen – auf ein gemeinsames Vergabeverfahren für die Bezahlkarte verständigen.

Fraktionsvorsitzender

Jörg Klepper
Rathausstraße 11
58095 Hagen

02331 207-3507
info@cdu-fraktion-hagen.de
www.cdu-fraktion-hagen.de

15.01.2024

Seite 1

Zum Hintergrund: Bereits im November waren sich die Länder einig, flächendeckend eine Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen. Nun steht der gemeinsame Standard. Im Sommer soll das Vergabeverfahren abgeschlossen sein. Über die geplante Bezahlkarte sollen Geflüchteten künftig staatliche Leistungen als Guthaben erhalten. Damit soll größtenteils die personalaufwendige Bargeld-Auszahlung entfallen. Das verringert den Verwaltungsaufwand und senkt die Kosten. Darüber hinaus unterbindet diese Lösung illegale Geld-Transfers ins Ausland. Schließlich ist das Geld für den Lebensunterhalt Geflüchteter bestimmt.

Asylsuchende haben das ‚Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums‘. Allerdings setzt die bisherige Bargeldauszahlung falsche Anreize. Die neue Bezahlkarte erschwert den möglichen Missbrauch. Das ist gut für Hagen. Möglicherweise führt die Umstellung übergangsweise zu kleinen Störungen. Insgesamt sind die Antragsteller überzeugt, dass die Maßnahme funktionieren wird.

Mit der Bitte um Veranlassung und freundlichen Grüßen verbleibt



Jörg Klepper
Fraktionsvorsitzender



f.d.R. Alexander M. Böhm.
Fraktionsgeschäftsführer



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Deckblatt

Seite 1

Datum:

14.02.2024

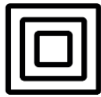
ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Fachbereich und ggf. beteiligte Ämter/Fachbereiche:

56 Zuwanderung, Integration und Wohnraumsicherung

Betreff: Drucksachennummer: 0160/2024
Anfrage gem. §6 (1) GO Rat
hier: Einrichtung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge in Hagen

Beratungsfolge:
Rat 15.02.2024



Zum Vorschlag gem. § 6 der Geschäftsordnung des Rates nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Um zum jetzigen Zeitpunkt eine seriöse Einschätzung zur Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber geben zu können, fehlen die erforderlichen Informationen bzgl. der technischen und rechtlichen Voraussetzungen.

Am 02.02.2024 fand eine Sitzung des Städtetages zum Thema „Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen“ statt, bei der ein Vertreter des Ministeriums Informationen zum aktuellen Sachstand gegeben hat.

Zurzeit wird ein Unternehmen für die Umsetzung gesucht, der Zuschlag ist für Juni 2024 geplant. Die Kosten pro Karte können erst im Rahmen der Vergabe genau ermittelt werden. Bzgl. der Kosten existieren aktuell lediglich Anhaltswerte (in vergleichbaren Ausschreibungen wurden zwischen 4,50 € bis 15 € pro Karte aufgerufen, die Höhe der regelmäßigen Bankgebühr ist unklar). Es wurde mitgeteilt, dass eine Übernahme der Kosten durch das Land NRW nicht vorgesehen war. Zwischenzeitlich sind dbzgl. anderslautende Berichte in der Presse zu lesen gewesen. Zum aktuellen Zeitpunkt existiert noch kein Leistungsverzeichnis für die Vergabe, sodass unklar ist, welche Funktionen die Karte genau hat bzw. haben soll. Die Automatisierung aus dem Fachverfahren soll jedoch eine Voraussetzung sein, um bürokratischen Aufwand zu vermeiden.

In rechtlicher Hinsicht ist aktuell unklar, für welche Personengruppen genau die Bezahlkarte Anwendung finden soll. Zum Zeitpunkt der Sitzung war ebenso unklar, ob für alle Kommunen eine Einführungspflicht oder Freiwilligkeit zur Teilnahme bestehen wird. Nach aktuelleren Medienberichten soll die Entscheidung in die Zuständigkeit der Kommunen fallen. Weiter ist unklar, welcher Anteil künftig nur noch per Karte zugänglich sein soll und welcher weiterhin bar ausgezahlt bzw. bar abgehoben werden kann. Zudem muss geklärt werden, wo die Karte eingesetzt werden kann und ob bestimmte Bereiche ausgeschlossen werden dürfen.

Für den Zuständigkeitsbereich der Stadt Hagen ist festzustellen, dass ca. 77 % der Zahlungen der Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Zahlungen auf ein Bankkonto sind.

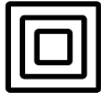
Insgesamt sind erhebliche Fragestellungen bis zu einer möglichen Umsetzung zu klären. Die kommunale Seite hat sich für klare Vorgaben und einheitliche Regelungen ausgesprochen. Dabei wurde gefordert, dass durch die Einführung der Bezahlkarte keine Mehrarbeit sowie keine Mehrkosten auf die Kommunen zukommen dürfen.

gez.

Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez.

Martina Soddemann
Beigeordnete



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

**TEXT DER
STELLUNGNAHME**

Seite 3

Datum:
14.02.2024

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichnen:

Amt/Fachbereich:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Fachbereich:

Anzahl:
